

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 29.

Leipzig, den 18. Juli.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Rgr.; einzelne Nummern 1 Rgr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Hainstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes C. W. Volkrath Bindmühlenstr. 14. Für Dresden Filiale Expedition F. W. Grelmann Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Aus den Arbeitervereinen. — Italiens Einheit und Freiheit. — Warnung. — Zur Charakteristik der gegenwärtigen Ueberung und Geschäftsführung. — Auswanderer-Angelegenheiten. — Weiße Sklaven. — Aus England. — Beilage: Rede des Schleswig-Holsteiners Lübker. — Die (preussische) Annethie des Jahres 1866.

Politische Uebersicht.

„Es wird täglich stiller in der Politik. Der Friede ist uns auf einige weitere Monate gesichert, zu was da die Gemüther künstlich aufregen? Man gewöhnt sich schließlich an Alles, auch an einen Schwebezustand, so peinlich er anfangs sein mag.“ Mit diesen Worten beginnt unsere befreundete Kollegin, die „Heftische Landeszeitung“ einen ihrer letzten Leitartikel. Sie hat in gewisser Beziehung recht. Man gewöhnt sich zuletzt an Alles, und von den europäischen Völkern gilt beinahe, was das irische Dienstmädchen von den Aalen meinte: sie sind daran gewöhnt, daß ihnen die Haut über die Ohren gezogen wird. Indessen nicht alle Menschen gewöhnen sich daran. Zum Beispiel nicht die Kurhessen. Sie fliehen so massenhaft vor den „Segnungen der preussischen Herrschaft“, daß die Bevölkerung sich nach der amtlichen Uebersicht des „Staatsanzeigers“ in den letzten Jahren um fast 5000 vermindert hat! Und ob der Friede wirklich auf einige Monate gesichert ist? Wer könnte es mit Bestimmtheit sagen, da es von der Laune, von den augenblicklichen Verlegenheiten eines einzigen Mannes abhängt, Europa jeden Moment in die Schrecknisse des Kriegs zu stürzen? Es ist wahr, dieser Mann erklärt jetzt im „Moniteur“: ich will den Frieden! aber Moniteur ist gleichbedeutend mit Menteur, d. h. Lügner, und daß Napoleon eine konstitutionelle Abneigung gegen die Wahrheit hat, ist eine bekannte Sache.

Mittlerweile pflegt Graf Bismarck in Hinterpommern seine „kränken Nerven“, und spielt mit seiner „Taschenverfassung“. — so nannte er die Nordbundsverfassung —, wie man mit Spielzeugen zu spielen pflegt. Wir erwähnten bereits des nordbündlerischen Defizits. Es beläuft sich auf die Kleinigkeit von 2.700.000 Thlr., und diese Summe soll durch Matrifularumlagen aufgebracht werden. Eigentlich widerspricht das der „Taschenverfassung“, welche in §. 70 ausdrücklich festsetzt, daß Matrifularumlagen nur „zur Höhe des budgetmäßigen Betrags angeschrieben werden“ dürfen; doch das ist ja der Nutzen einer „Taschenverfassung“, daß man sie nur zu besorgen braucht, wenn es Einem gut dünkt; und so müssen die Einzelstaaten denn bezahlen. Das Schönste ist, die betreffende Denkschrift des Bundeskanzlers trägt das Datum des 6. Juni,

sie wurde also zu einer Zeit erlassen, wo der „Reichstag“ noch auf Wochen hin versammelt war. Daß trotzdem diesem „ehrenwerthen Körper“ kein Sterbenswörtchen mitgetheilt ward, ärgert selbst die servile, wir wollten schreiben nationalliberale „Befserzeitung“. Da versteht Napoleon sich besser auf den Scheinparlamentarismus; er hat seinen Kammern wirklich erlaubt, eine Million am Budget zu streichen.

Um dem Nordbund Gesellschaft zu leisten, und den Saß, daß die „neueste Aera“ für Preußen eine Entlastung bringen werde, praktisch zu beweisen, debutirt auch Preußen mit einem Defizit, und da eine Großmacht Alles auf großem Fuß haben muß, gleich mit einem respektablen von 6½ Million Thaler. Wann wird ein preussischer Favre den Muth haben, zu erklären: Preußen ist nicht reich genug, den Bismarck'schen Cäsarismus zu bezahlen? —

Ominös ist, daß die nationalliberalen Ratten das Nordbundschiß zu verlassen beginnen. Graf Henkel von Donnersmark, ein ächter Erfolgsambeter, hat sein Reichstagsmandat niedergelegt, weil „ein entschiedenes Vorgehen in liberalen Institutionen oder einheitlicher Gestaltung nicht in Aussicht stehe“; und sogar Bluntschli, der seit 2 Jahren für den Bismarck'schen Sonderbund mit eben solcher Gluth schwärmt, wie weiland für den Jesuiten-Sonderbund, ist sehr verdrießlich geworden, und rath den Süddeutschen zum Widerstand „gegen eine von Preußen möglicherweise ausgehende bureaukratische Reaktion“. —

Der preussische Staatsgerichtshof hat den hannoverschen Exminister Grafen von Platen wegen Hochverrats zu 15 jährigem Gefängniß und 10 jähriger Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt. Daß der Graf, welcher beiläufig froh und munter in Sieging lebt, kein preussischer „Untertban ist, war für die „unabhängigen“ preussischen Richter kein Hinderniß. —

Berthard Rißner hat gesprochen und allem Anschein nicht gelogen. Er stellt sich selbst mit ruhrender Offenberzigkeit als einen Jammermenschen hin, aber einen absichtlichen Verrath habe er nicht begangen. Ein Brief an Graf Platen, zu dem er in keinem anderen Verhältnis gestanden als dem des hungrigen Bäckelängers zum futterreichenden Brodherrn, sei auf der preussischen Post weggestiebert, und so die famose Hausjuchung veranlaßt worden. Die Unterzeichnung des Protokolls habe man ihm durch die brutalste Gewalt abgezwungen. Wenn wir bedenken, wie blamabel diese neueste Stieberiade für ihre mittelbaren und unmittelbaren Urheber ist, so können wir uns der Vermuthung nicht erwehren, daß Graf

Platen — der ein ganz feiner Kopf sein soll — dem stumpf- gewordenen Stieber eine Schlinge gelegt hat, in welche dieser auch plump hineingetappt ist. —

Das Projekt eines militärischen Südbunds, dessen wir vor 8 Tagen erwähnten, ist, wie sich nachträglich herausstellte, in Berlin angefertigt worden. Es ist darnach. —

Die württembergischen Wahlen sind der Volksache günstig ausgefallen. Das Resultat ist:

Volkspartei: bereits gewählt 25, sichere Ergänzungswahlen 3, wahrscheinliche Nachwahlen 5; zusammen 33. Stimmzahl 81,200.

Großdeutsche: gewählt 12, sichere Ergänzungswahlen 2, wahrscheinliche Nachwahl 1; zusammen 15. Stimmzahl 40,500.

Regierungspartei: gewählt 13, unsichere Ergänzungswahl 1, unsichere Nachwahl 1; zusammen 13, vielleicht 14. Stimmzahl 56,600.

Nationalliberale: gewählt 8, ziemlich sichere Ergänzungswahl 1, unsichere Nachwahlen 3; zusammen etwa 9. Stimmzahl 30,600.

Die Volkspartei und die Großdeutschen werden also zusammen unter den 70 gewählten Vertretern ungefähr 48 Stimmen zählen. Allerdings sitzen in der Kammer noch 23 Privilegierte, die nicht vom Volk gewählt zu werden brauchen; allein auch wenn diese ohne Ausnahme mit der Regierung und diese mit den Nationalliberalen ginge, würden die vereinigten Demokraten und Großdeutschen noch die Majorität bilden. Eine weitere Verpreußung mit Hilfe der Kammer ist sonach nicht mehr zu befürchten. Jedenfalls hat die Regierung mit ihrem Schaukelsystem eine schwere Niederlage erlitten; und was die Nationalliberalen anbelangt, so haben sie zwar einige Candidaten durchgebracht, während sie bei der Zollparlamentwahl überall geschlagen wurden, aber wenn wir die Zahlen der damals und der jetzt für sie abgegebenen Stimmen vergleichen, so ergibt sich eine Abnahme ihres Einflusses. Bei den Zollparlamentwahlen hatten die „Bettelpreußen“ nämlich 45,000 Stimmen gegen 154,000; bei der soeben beendigten Kammerwahl bloß 30,600 gegen 180,000.

Leider hat es sich auch bei diesen Wahlen wieder gezeigt, daß ein Theil der württembergischen Arbeiter sich von den Nationalliberalen ins Schlepptau nehmen läßt. Mit Bezug hierauf schreibt die „demokratische Correspondenz“: „Wenn irgend eine Klasse der Bevölkerung gegen den Cäsarismus sich stellen sollte, so wären's die Arbeiter. Wenn gegen die Ueberbürdung mit Steuern, die der Cäsarismus mit sich bringt, irgend Jemand sich stemmen sollte mit Hand und Fuß, so wären's die, denen er's am sauererworbenen Groschen abzwaht. Wenn gegen den Wahnsinn des Militarismus irgendwo erbitterte Feindschaft bestehen sollte, so wär's bei denen, die er um ihre besten Jahre bringt, die er mit seinen Forderungen an ihre Person, ihre Zeit, ihre Ersparnisse in der Gründung eines selbstständigen Haushalts und Geschäfte stört, denen er also gerade in der entscheidendsten und schwersten Zeit ihrer Existenz, Gegenwart und Zukunft verbittert. Wenn gegen das Verbrechen einer Politik, die auf Krieg sich stützt und immer wieder auf Krieg hinauskommt, irgend wer den heiligen Kampf der Gerechtigkeit und des Friedens führen sollte, — die Arbeiter wären's, die zum guten Theil mit ihren Leibern ins Feld müssen und allesammt von den Störungen der Rüstungen und Kriegsereignisse und Nachwirkungen am allermeisten leiden. Und doch was sehen wir? Wie verblendet stehen die Arbeiter gerade hier in Süddeutschland unter dem Bann des großpreussischen Programms; wie die Kinder lassen sie sich beschwären für die Bismärckerei. Was Norddeutschland einmüthig an Beschwerden erschallen läßt

über Steuerbedrückung, Militärlast, Unsicherheit, Noth — hier lassen sie's sich verdrehen in die lockendsten Schilderungen. Was dort anerkannte Wahrheit ist seit Jahren, hier lassen sie sich fälschen in Lüge. Was in Frankreich, in der Schweiz, auf allen Versammlungen und Congressen, von den fleißigsten Forschern bis zu den gefeiertsten Namen der europäischen Demokratie hinauf verdammt wird, als die Geißel der Nationen, als der Fluch der Menschheit, — woran Oesterreich fast verblutet ist — woran Frankreich von Milliarde zu Milliarde verkommt — worunter Italien leidet bis zur Zerrüttung, — das lassen unsere Arbeiter sich aufschwären als Heil und Segen, dafür sich verleiten, ihre Stimme herzugeben, ihr Recht zu verneinen!

In der That, so frech das Gebahren deren ist, die in solcher Weise das Vertrauen der Arbeiter mißbrauchen, so ernstlich ist den Arbeitern selbst ins Gewissen zu reden, die doch nur ihre guten fünf Sinne zusammenzunehmen brauchen, um den Unsinn zu durchschauen, den man ihnen vormacht.“

Wir stimmen der „Demokr. Correspond.“ vollständig bei; nur hätte sie ihre Vorwürfe nicht gegen die sämtlichen Arbeiter Süddeutschlands richten sollen. Der Ausfall der letzten Zollparlamentwahlen und jetzt der württembergischen Kammerwahlen hat bewiesen, daß nur eine kleine Minorität der Arbeiter mit den „Nationalliberalen“ geht. Und sollten an der Verblendung dieser Minorität unsere süddeutschen Freunde von der Volkspartei so ganz unschuldig sein? —

Schlechte Gesellschaft verdirbt gute Sitten. Ein württembergischer Offizier, der nach längerem Aufenthalt in Preußen in seine Heimath zurückkehrte, ließ dort einen Soldaten in den Bodspannen. Darob große Erbitterung unter den württembergischen Soldaten und Offizieren, und natürlich auch unter dem Publikum. —

Das Wiener Schützencomité hat sich einschüchtern lassen und den Beschluß gefaßt, keine irgend verfänglichen Toaste und Reden zu dulden! Betritt irgend ein Redner verbotenes Gebiet, so soll ein Trommelwirbel seine Stimme über-tönen! Schade nur, daß durch dieses sinnreiche Ausrüstungsmittel die Thatsache nicht beseitigt wird, daß das deutsche Volk in der Hauptstadt des nach großpreussischer Weltanschauung nicht zu Deutschland gehörigen Oesterreich ein deutsches Nationalfest feiert. —

In Frankreich fortwährend heftige Budgetdebatten. — Das neue Preßgesetz wurde nicht mit Unrecht als Mausefalle bezeichnet. Der „Electeur“, ein vor Kurzem gegründetes demokratisches Blatt, hat es empfinden müssen, indem es für einen sehr mäßigen Artikel über die bevorstehenden Wahlen 10,500 Francs Strafe zu zahlen hat. Ein Spatzvogel meint, daß Kaiserreich wolle seinen zerrütteten Finanzen durch preßgesetzliche Schröpfung der Zeitungen auf die Beine helfen. —

Die spanische Revolution ist noch nicht ausgebrochen; die verhafteten Generale sind nach den kanarischen Inseln deportirt worden, und Gonzales Bravo versucht in den Sporenstiefeln des Narvaez weiter zu marschiren. Nun — der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Der Thron der tugendhaften Isabella ruht auf der Spitze der Bayonnette, und die Bayonnette fangen an zu wanken, wenigstens hat man ein paar Regimente als unzuverlässig aus Madrid entfernen müssen. —

In Triest fand dieser Tage eine eigenthümliche Demonstration statt; unter dem Ruf: Nieder mit Pius dem Neunten. Es lebe Oesterreich! Es lebe Garibaldi! Es lebe Italien! wurde das Wappen des päpstlichen Consuls abgerissen, und den Capuzinern ein tüchtiger Schreck eingejagt. Das Volk zerstreute sich, ohne daß es zu einem Zusammenstoß mit der

bewaffneten Macht gekommen wäre. Unstreitig ist es das erste Mal, daß dieselben Rehen Oesterreich gleichzeitig mit Italien und Garibaldi haben hoch leben lassen — und noch dazu in Italienscher Zunge! Sind die Triestiner auch keine Italiener, so haben sie doch zum großen Theil italienische Sympathien, und wir können die Demonstration als einen Beweis dafür betrachten, daß der Bruch Oesterreichs mit der Papstgewalt, dem Hauptfeind Italiens, in dem Italienischen Volksgemüth einen Umschwung zu Gunsten Oesterreichs hervorgebracht hat. Für das Bismarck'sche Preußen liegt in diesem Umschwung etwas sehr Bedenkliches, und da es durch die Macht der Verhältnisse gezwungen ist, sich dem Papstthum zu nähern, so dürfte die preussisch-italienische Allianz, für die einige einflußreiche Mitglieder der italienischen Regierung sowie der Aktionspartei durch das Angebot von Triest und Trient gewonnen worden sind, auf bedeutende Schwierigkeiten stoßen. In dieser Hinsicht werden auch einige gehässige Bemerkungen, die der preussische Generalstabsbericht über den Feldzug von 1866 gegen die italienische Kriegsführung bringt, ihre Wirkung nicht verfehlen; sie haben bereits eine Interpellation des Generals La Marmora in der italienischen Kammer zur Folge gehabt. Daß die Aktionspartei in Rom dem dortigen preussischen Gesandten, von Arnim, um seine Fürbitte bei dem König Wilhelm ersuchte, wird ihr wenig nützen, sündemalen König Wilhelm in Deutschland den katholischen Klerus braucht, und ihm soeben die Concession gemacht hat, einen katholischen Erzbischof zu ernennen. Nicht besser begründet sind die Hoffnungen, welche die italienischen Preußenfreunde an die demnächstige Zusammenkunft Katazzi's mit „preussischen Notabilitäten“ in Genua knüpfen; Katazzi hält die italienische Aktionspartei seit Jahren nur zum Narren, und zieht sie zum Vortheil seines Geldlieferanten und Verwandten (zur Linken) Napoleon an der Nase herum. Auf die italienische Allianz wird man unter den obwaltenden Umständen in Preußen verzichten müssen. Bleibt bloß die russische Allianz, der man dafür aber auch Alles opfert. Die Grenzskanzen und Mißhandlungen preussischer Unterthanen Seitens der Russen werden immer häufiger und frecher, ohne daß der „jüngste Großstaat“ nur mit den Wimpern zuckt. „Geht nicht nach Rußland“ so lautet der tapfere Rath, den das Leibblatt des stolzen Grafen Bismarck den Siegern von Sadowa ertheilt.

Die demokratische Partei (Freunde der Sklaverei) in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat endlich einen Präsidentschaftscandidaten in der Person Seymour's, des ehemaligen Gouverneurs von New-York, gefunden. Sonderbarerweise mißbilligt er das demokratische Programm in Einem Hauptpunkt, insofern er für die volle Zahlung der Nationalschuld ist. Die Demokraten gestehen sich übrigens selbst, daß ihr Candidat keine Aussicht hat. Grant wird gewählt werden.

Wir theilen heute die Rede mit, welche der Schleswig-Holsteinische Zimmermann Lübker auf der Berliner Volksversammlung vom 14. Mai hielt, und welche bei den Fortschritten solchen Anstoß erregte, weil die Handlungsweise dieser Partei im Allgemeinen und des „edlen“ Waldeck im Besonderen beim rechten Namen genannt war.

Aus Hohenstein-Ernstthal wird uns die Mittheilung gemacht, daß Herr Försterling als Agent der Frau Gräfin Hatzfeldt am letzten Sonnabend in Lungwitz eine Versammlung abgehalten und dort Mitglieder für diejenige Fraktion des allgemeinen deutschen Arbeitervereins geworben, deren Schutzhei-

lige die genannte Dame, und als deren augenblicklicher Papst Herr Dr. Fritz Mende kürzlich ausgerufen worden ist. Herr Försterling soll bei der Unkenntniß der dortigen Arbeiter über die Firma, für die er wählt, keine schlechten Geschäfte gemacht und in Folge dessen versprochen haben, bald wieder zu kommen. Ihm in diesem Falle einen würdigen Empfang zu bereiten, ist Sache der demokratischen Partei. Wir ersuchen deshalb unsere Freunde, uns alsdann sofort Nachricht zukommen zu lassen, damit eins der Ausschussmitglieder der Volkspartei im Stande ist, das Amt des Oberceremonienmeisters bei dieser Gelegenheit zu üben. Für Hatzfeldt-Bismarck'sche Agitationen mag man sich anderswo als in Sachsen ein Feld suchen.

Aus den Arbeitervereinen.

Die Nr. 13 der deutschen Arbeiterhalle enthält unter anderen folgende Bekanntmachungen des Vororts Leipzig, Vorsitzender A. Bebel.

Nachdem bei der Wahl des Ortes für den nächsten Vereinstag Nürnberg mit großer Majorität gewählt worden ist, hat der Vorort beschlossen den Vereinstag daselbst am 5., 6. u. 7. September dieses Jahres abzuhalten und zwar soll die Vorversammlung Sonnabend den 5. Sept. Abends im Saale des Arbeitervereins (Fegelgasse), die Hauptversammlungen am Sonntag und Montag im großen Saale des Rathhauses stattfinden. Für Freiquartier der Deputirten hat das Lokalcomite zu sorgen übernommen, doch ist es nothwendig, daß die Anmeldungen hierfür möglichst frühzeitig bei dem Vorsitzenden des Lokal-Comite's, Herrn Carl Kögner in Nürnberg erfolgen.

In der Vorversammlung soll die definitive Festsetzung der Tagesordnung, Wahl des Bureaus und Wahl einer Prüfungscommission für die Geschäfte des Vororts vorgenommen werden. Die vorläufig festgesetzte Tagesordnung für die Hauptversammlungen ist folgende:

- 1) Geschäftsbericht des Vororts.
- 2) Programmfrage. Referent: R. Schweichel, Leipzig.
- 3) Indirekte Steuern. Referent: R. Krebs, Berlin.
- 4) Wehrfrage. Referent: A. Bebel, Leipzig.
- 5) Altersversorgungskassen. Referent: Sonnemann, Frankfurt a. M.
- 6) Krankenunterstützungskassen. Referent: Germann, Leipzig.
- 7) Wanderunterstützungskassen. Referent: Eicheldörfer, Mannheim.
- 8) Genossenschaftswesen. Referent: Ed. Pfeiffer, Stuttgart.
- 9) Vertheilung des Reingewinns an die Arbeiter. Referent: Sonnemann, Frankfurt a. M.
- 10) Bericht der Prüfungscommission.
- 11) Neuwahl des Präsidenten, resp. des Vororts.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung hat der Arbeiter-Bild.-Verein Dresden den Antrag gestellt: Programm und Organisation der Internationalen Arbeiter-Association anzunehmen und sich dieser, unter Beibehaltung der bisherigen Fortbildungsbestrebungen, anzuschließen. Damit die Vereine über die Tragweite des Dresdner Antrags sich unterrichten können, will der Vorort Programm und Organisationsplan der Internat. Arb.-Association wie das von ihm entworfene Programm in den nächsten Nummern der deutschen Arbeiterhalle veröffentlichen.

In Ehrenfriedersdorf (Sachsen) ist ein neuer Arbeiterverein gegründet worden, Vorsitzender ist D. Lehig. —

Auf der Landesversammlung der badischen Arbeiter-Bildungs-Vereine in Offenburg am 12. d. M. wurde der Antrag gestellt, aus dem Verband der deutschen Arbeiter-Vereine auszuschneiden, weil derselbe zu — demokratisch sei. Der Antrag wurde aber abgelehnt. Dafür stimmten nur: Karlsruhe, Offenburg, Waldshut und Lahr. Dagegen: Mannheim, Freiburg, Pforzheim, Oberkirch, Müllheim, Staufien, Emmendingen und Furtwangen. — (Wenn die nationalliberalen Vereine noch vor der Entscheidung in Nürnberg das Hasenpanier ergreifen und austreten, dann haben die demokratisch gesinnten Vereine recht leichte Arbeit. Anm. d. Red.)

Die Erklärung der drei Vereine von Nürnberg, Fürth und Schwabach (s. Nr. 27 dieses Blattes) gegen Zulassung der Programmfrage auf dem nächsten Vereinstag hat auch den Geraer Arbeiter-Verein nicht ruhig schlafen lassen. Der Vorsitzende jenes Vereins, Schriftsteller Karl Wartenburg, 1848 Demokrat, jetzt National-Liberaler, veröffentlicht in der „Deutschen Allg. Zeitung“ über die Vorgänge dort einen Bericht. Danach will der Geraer Verein nicht nur von der Programmfrage nichts wissen, sondern auch die Frage der indirekten Steuern und die Wehrfrage von der Tagesordnung abgesetzt sehen. d. h. es sollen alle Fragen, bei denen die Politik und Prinzipien ins Spiel kommen, einfach todtgeschwiegen werden. Wir begreifen die Abneigung dieser „Führer“ vor Debatten, die zu ihrer Entlarvung führen müssen; wir hoffen aber, daß die Mehrzahl der Arbeiter-Vereine sich durch solche Erwägungen nicht abhalten läßt, Fragen zu discutiren, die aufs Tiefste ihre Interessen berühren.

Das von uns kürzlich empfohlene Schriftchen: „Anleitung zur Geschäftsführung der Consum-Vereine“ ist für den geringen Preis von 2 Ngr. zu beziehen vom „Leipziger Consum-Verein“ in Leipzig. Derselbe bittet den Betrag bei der Bestellung in Briefmarken beizufügen, um dem Besteller unnötige Portospesen zu ersparen.

Italiens Einheit und Freiheit.

I.

Wie Moriz Arndt in Deutschland, so hat Mazzini in Italien den Gedanken der Einheit des Vaterlandes entzündet. Diesseits wie jenseits der Alpen hat sich eine ehrgeizige Regierung dieses Gedankens bemächtigt, und beide arbeiten unablässig daran, ihn auszubuten. Hier wie dort predigt man eifrig den Glauben, daß die Freiheit aus der Einheit erblühen werde. Italien hat vor Deutschland einen Vorsprung von beinahe zehn Jahren voraus. Viktor Emanuel ist der Tradition seines Hauses, man müsse Italien wie eine Artischode blattweise verpeisen, bis auf Rom nachgekommen; sehen wir, was unterdessen aus der Freiheit geworden ist! Folgerichtig hätte mit jedem Schritte, den die Einheit vorwärts that, auch die Freiheit wachsen und sich kräftigen müssen. Warum zeigt sich denn das gerade Gegentheil?

Handel und Industrie haben sich in Italien seit 1859 nicht nur nicht entwickelt, sondern sind immer tiefer herabgesunken und liegen heute völlig darnieder. Trotz des Friedens und trotz der eingezogenen Kirchengüter steht der Einheitsstaat am Vorabend des Bankrotts, und ist die Steuerlast des Volks bis zur Unerträglichkeit gewachsen. Neue Arten von Steuern, wie die Malt- und Schlachtsteuer, an deren Beseitigung anderwärts überall gearbeitet wird, haben sich zu den alten gesellt. Die Staatsmaschine befindet sich in vollständiger

Zerrüttung, die Beamten sind derartig demoralisirt, daß sie den Verbrechern gemeinschaftliche Sache machen. Sie sind unter die Steuerdefraudanten und Falschmünzer gegangen, und die Wächter der öffentlichen Ordnung gestatten den Mörder am hellen Tage in den Straßen volkreicher Städte ihre Opfer niederzustoßen. Es giebt keinen Schutz weder der Person noch des Eigenthums mehr. Die Communen warten seit acht Jahren vergebens auf die Verathung der freien Gemeindeverfassung, welche auf dem Tische des Parlaments schlummert. Ihre einzige Errungenschaft besteht in dem Rechte, die Steuern, welche die Regierung beschließt, nach ihrem eigenen Ermessen auf ihre Mitglieder umzulegen; aber sie muß solidarisch für die distirte Summe haften. Selbst das freie Versammlungsrecht besteht nicht mehr. Das Parlament hat der Regierung das Recht bewilligt, alle „sozialistischen“ Vereine aufzulösen. Da aber alle Politik in ihrem Kern sozialistisch ist, so ist damit der Regierung die Ermächtigung ertheilt worden, jeden Verein zu vernichten, dessen Politik ihr nicht behagt. So ist denn thatsächlich der einzige freie Bürger des einigen Italiens nur noch der Räuber und Mörder.

Dies der Zustand des heutigen Italiens. Welche Schuld dafür auch die Regierung trifft; sie ist nicht die allein Schuldige. Sie hat so gut ihre Maulwürfe und Todtengräber gesunden, wie Bismarck. Der Unterschied ist nur der, daß in Deutschland diese Rolle die Bourgeoise übernommen hat, während sie in Italien von der Demokratie, von der Aktionspartei durchgeführt wird.

Von dem erblichen Ehrgeiz seiner Familie gestachelt und ungewarnt durch das Geschick seines Vaters, der diesem Ehrgeiz ruhmlos zum Opfer gefallen war, hatte sich Viktor Emanuel auf das Versprechen Napoleons, in Italien seine Hausmacht vergrößern zu dürfen, zur Theilnahme an dem Krimkriege bewegen lassen. Als dann Napoleon durch die Bomben Orsini's daran gemahnt wurde, daß auch die italienische Demokratie niedergeworfen werden müßte wie die französische, wenn er die Früchte seines Verbrechens vom 2. Dezember in einiger Ruhe genießen wollte, schien für Viktor Emanuel der Augenblick gekommen, seine Vergrößerungspläne ins Werk zu setzen. Der Frieden von Villafranca machte indessen dem Kriege von 1859 ein schnelles und plötzliches Ende. Hätten der Sardenkönig und Cavour wirklich erwartet, daß ihnen Napoleon ganz Italien zum Geschenk machen würde? Nun, dann vergaßen sie, daß kein Herrscher Frankreichs, und auch Napoleon nicht, gestatten durfte, daß sich ein monarchischer Centralstaat von 22 Millionen Einwohnern, ein Militärstaat, der ein Heer von 600,000 Mann und die entsprechende Zahl von Panzerregimenten aufzubringen im Stande wäre, an seiner Grenze errichtete. Zudem erinnerte sie daran der Umstand, daß Napoleon seit 1848, wo er die römische Republik niedergeworfen hatte, die Hauptstadt des Kirchenstaats militärisch besetzt hielt.

Der Friede von Villafranca ließ den König Ehrenmann eingeklemmt zwischen dem heißen Freiheitsdrang der Italiener und seiner eigenen ungesättigten Ländergier. Wäre es ihm Ernst mit der Freiheit gewesen, so hätte er vielleicht die Befriedigung seines Appetits vertagen können, bis sich wieder eine günstige politische Constellation bot, seine Hände weiter auszustrecken. Wahrscheinlich aber hätte, ihm die Freiheit Neapels und den Kirchenstaat mühelos in den Schooß geworfen. Wenn hätten es jedoch die Fürsten mit der Freiheit redlich gemeint! Noch immer ist Alles, was sie im Augenblicke der Noth den Völkern verheißen und gewährt haben, nach überstandener Gefahr zurückgenommen worden. Viktor Emanuel konnte um so weniger warten, als ihm der schmachvolle Handel mit Nizza und Savoyen auf der Seele lag. Sobald die Abtretung dieser Pro-

Warnung.

vingen an Frankreich bekannt wurde, hätte die Volksbewegung seinen Purpur in Felsen gerissen. So schloß er das Bündniß mit der Revolution, aber ohne die Verantwortlichkeit mit ihr zu theilen. Er drückte die Augen zu, und Garibaldi eroberte das Königreich Italien. Man kann diesem Streich des Königs Ehrenmann nicht das Lob schlauer Berechnung vorenthalten. Oesterreich hatte sich nämlich durch den Vertrag von Villafranca jeder Einmischung in die italienischen Angelegenheiten begeben, und in Frankreich gingen die Bogen der Begeisterung für den revolutionären Handreich Garibaldi's so hoch, daß Napoleon die Annexion Neapels geschehen lassen mußte, wollte er nicht den Feuerbrand in das eigene Reich schleudern. Er mußte sich damit begnügen, eine Flotte nach Gaeta zu schicken, um den vertriebenen König Franz in Sicherheit zu bringen. Als aber dann auch die Bewegung im Kirchenstaate ausbrach, antwortete Napoleon auf die Einnahme von Ancona, indem er die Garnison, die er dorthin in Rom gehalten, zu einer Armee anschwellen ließ. Graf Cavour muß diesen Wink wohl verstanden haben; denn die Erkenntniß, daß die Einheit Italiens auf dem Wege der Handreiche nicht fertig gebracht werden könne, und die Unmöglichkeit, den Preis zu zahlen, den Napoleon für Venedig forderte, brachen ihm das Herz.

Mit der Eroberung des Königreichs Neapel beginnt das Verbrechen der demokratischen Partei, das Verbrechen der Aktionspartei an der Freiheit. Bis dahin konnte sie sich in demselben Irrthum befinden, wie Deutschland im Jahre 1813. Gegen den furchtbaren Druck fremder Herrscher kämpfend, konnte sie für die Freiheit zu streiten glauben, indem sie für die Einheit im Interesse der piemontesischen Monarchie focht und starb. Aber von dem Tage an, als Garibaldi in Neapel einzog, war dieser Irrthum nicht mehr möglich. Mazzini, der einzig klare Kopf, welchen Italien besitzt, war nach Neapel geeilt. Er forderte von Garibaldi, daß er die Freiheit dekretire. Der Fall des piemontesischen Thrones mußte den Napoleons nach sich ziehen, mußte von den Schultern des Papstes den weltlichen Purpur reißen, mußte sein Echo in Oesterreich finden und die Thore des venetianischen Festungsvierecks aufsprengen. Auf dem Wege der Einheit zur allgemeinen Knechtschaft, indem man in den Händen Viktor Emanuel's alle Machtmittel concentrirte; oder auf dem Wege der Freiheit zur Einheit: das war die Wahl, welche Mazzini Italien stellte. Garibaldi antwortete mit der Ausweisung Mazzini's. Garibaldi sanktionirte im Namen der Aktionspartei das Bündniß, welches Viktor Emanuel ohne jede Verpflichtung von seiner Seite mit der Revolution eingegangen war. Garibaldi legte die Diktatur der Revolution in dem Wahne nieder, daß er ihr nur zu rufen brauche, damit sie ihr Löwenhaupt erhebe. Die Freiheit wurde schlafen geschickt, bis es der Gnade Viktor Emanuel's gefallen würde, sie zu wecken, d. h. bis das Szepter Savoyens so weit reicht, als die italienische Zunge klingt.

Denn es handelt sich heute, nachdem auch Venetien erungen ist, für die Aktionspartei nicht bloß noch um Rom, sondern jetzt auch um Triest und die italienischen Theile Tyrols und der Schweiz. Das ist natürlich, denn nachdem die Aktionspartei einmal der Einheit den Vortritt vor der Freiheit eingeräumt hatte, war es der piemontesischen Diplomatie ein Leichtes, sie mit Eroberungsfucht anzufüllen und auf diese Weise den Termin weiter und weiter hinauszuschieben, an welchem der Wechsel auf die Freiheit, der freilich nur in einem zweideutigen Lächeln Viktor Emanuel's besteht, zahlbar werden soll.

Das Handelshaus J. C. Godefroy und Söhne in Hamburg hat mit der Republik Chile einen Lieferungsvertrag über deutsches Menschenfleisch abgeschlossen. An der Grenze von Chile befindet sich das Gebiet der Araukaner, eines wilden, kriegerischen und zahlreichen Indianerstammes, dem die Regierung der Republik tributpflichtig ist. Die Regierung beabsichtigt nun, zwischen der Republik und dem Indianergebiete eine Art von „Militärgrenze“ zu errichten und dazu sollen deutsche Auswanderer benützt werden, deren Lieferung das Hamburger Handelshaus übernommen hat, da die Chilenen selbst keine Lust verspüren, sich von den Araukanern abschlagen zu lassen. Die bereits angeworbene Avantgarde der zur Auswanderung verführten Deutschen soll aus 400 Seelen bestehen und die Godefroy's liefern die Schiffe dazu. Anfangs beabsichtigte Chile, eine Negerkolonie auf der Grenze zu errichten; aber die Schwarzen bedankten sich, und so muß der „deutsche Michel“ auf die Schlachtbank. Als Trost wird den Uebertölpelten gesagt, daß die Araukaner ihren Feinden nicht die Kopfhaut abziehen, sondern sich damit begnügen, sie einfach todzuschießen. Der Bismarck'sche Einheitsstaat aber läßt über diesem Menschenhandel, der die fürstliche Seelenverkäuferei des vorigen Jahrhunderts weit überbietet, stolz die schwarz-weiß-rothe Flagge wehen. Glück auf nach Araukanien!

Zur Charakteristik der gegenwärtigen Theuerung und Geschäftsstockung.

III.

Auf die unter obiger Ueberschrift in Nr. 11, 12 und 19 enthaltenen 2 Artikel sind wir den geneigten Lesern dieses Blattes zur Vervollständigung dieser Charakteristik noch einige weitere Ausführungen schuldig in Betreff der Mittel und Wege, welche sich uns nach unserer Ansicht zur Milderung des obigen Zustandes und einer Verhütung desselben für die Zukunft bieten.

Unterscheiden sich die Menschen von Natur schon sehr durch die Verschiedenheit ihrer körperlichen und geistigen Anlagen und Fähigkeiten von einander, so wird ein solcher Unterschied noch durch die in ungleichem Maße über die Menschen vertheilten irdischen Glücksgüter verschärft, so daß sich verschiedene Lebensstellungen, Stände und Berufsclassen unter ihnen herausbilden mußten. In volkswirtschaftlicher Hinsicht unterscheiden sich die im engeren Sinne des Wortes produzierenden Volksklassen noch in unternehmende und arbeitende. Diesen Gegensatz auszugleichen ist namentlich auf der letztern Seite der Hauptcharakterzug aller Bestrebungen der Gegenwart, gegründet auf die Hoffnung, in unternehmender oder an Unternehmungen theilnehmender Stellung materiell besser gestellt und weniger den Wechselfällen des Lebens zum Nachtheil für die eigene individuelle Entwicklung preisgegeben zu sein als in einem abhängigen Arbeits- oder Dienstverhältniß. Gelingt dies nun diesen arbeitenden Volksklassen nicht — was ohne richtige Erkenntniß der modernen Geld- und Creditwirtschaft und deren Folgen für das Allgemeine wenigstens noch sehr zweifelhaft ist — so dürfen dieselben auch in politischer Hinsicht nicht sobald zur Freiheit, Abhängigkeit und Geltung gelangen können.

Durch Vereinigung ihrer Mittel und Kräfte hoffen die arbeitenden Klassen gemeinschaftliche Unternehmer zu werden. Geld im heutigen Sinne des Wortes ist aber auch hierbei zur Zeit noch alleiniger stabiler Werthgegenstand und ausschließ-

liches Circulationsmittel, wenigstens müssen alle Ersatzmittel desselben auf Berth in Geld oder Courant lauten, so daß eine scheinbare Ueberproduktion, ein erschwertes Verkaufsgeschäft und eine geringere Rentabilität auch bei einem fabrikmäßigen Großbetrieb auf gemeinschaftliche Kosten eintreten müssen; denn wenn die Massen des Volkes als produktiv Vereinte auch bei größerer Kaufkraft ihren durch Antheil am Unternehmergewinn vermehrten Verdienst auf ihren Lebensunterhalt, zur weiteren Ausbildung und zur Ansammlung von Verbrauchswerthen, an denen Andere wieder Verdienst schon gefunden, verwenden werden und sich nicht durch Banken und Sparanstalten hiervon abbringen lassen wollten, während einzelne Fabrikherren oder größere Geschäftsunternehmer ihren Reingewinn zum überwiegenden Theil in „Geld“ erstreben, so können diese produktiv Vereinten doch auch nicht hindern, daß der an ihren Produkten erzielte Gewinn des Zwischenhändlers zwischen Producenten und Consumenten in Geld angelegt oder, aus Zahlungsverbindlichkeiten Anderer entstehend, seiner Zeit in Geld eingefordert wird. Nicht dadurch, daß einzelne Unternehmer großen Gewinn machen und Capital im weiteren Sinn des Wortes ansammeln, müssen sie zu Unterdrückern werden, auch wenn es ihren Arbeitern dabei nicht immer gelingt, eine sorgenfreie Existenz sich zu schaffen; aber fragen wir uns einmal ernstlich, auf welche Weise wir alle diese Zwischenhändler glauben befriedigen zu können, wenn sie einmal nur einen geringen Theil der durch Handel mit Arbeitsprodukten der Genossenschaften erworbenen Summen baaren Geldes verlangen wollten, auf welche sie kraft ihrer Wechsel und Forderungen mit Recht Anspruch machen können? Wer zählt diese Summen? Trägt nicht gerade der flotteste Geschäftsgang auch bei Produktivgenossenschaften in ihrer gegenwärtigen Verfassung den Keim zur Geschäftsstockung in sich? Muß nicht durch den Willen Einzelner, durch Entziehung des unentbehrlichen, einzigen Zahlungsmittels, des Metallgeldes, auch die Thätigkeit der Genossenschaften sofort ins Stocken gebracht werden können? Muß nicht ein ganzes Volk bei solchen Verpflichtungen weit eher auf die Strafe gesetzt werden können, als daß es nur einen geringen Theil dieser Summen aufbringen könnte?

(Schluß folgt.)

Auswanderer-Angelegenheiten.

(Amtlicher Bericht der Auswanderungskommissäre zu Newyork).

Im Jahre 1867 landeten in Newyork 301,326 Personen, darunter 58,595 Irländer. Auswanderer kamen an:

im Jahre 1857	183,773
1858	78,599
1859	79,322
1860	105,162
1861	65,539
1862	76,306
1863	156,844
1864	182,296
1865	196,352
1866	233,418
1867	242,731.

Von den 242,731 Auswanderern des Jahres 1867 kamen 117,591 (48,888 pCt.) aus Deutschland, 65,134 aus Irland, 33,712 aus England, 6,315 aus Schottland, 4,843 aus Schweden, 3,985 aus der Schweiz, 3,204 aus Frankreich, 2,156 aus Holland, 1,623 aus Belgien, 1,372 aus Dänemark, 1,032 aus Italien, die übrigen aus verschiedenen Ländern.

Wir entnehmern dem ausführlichen und höchst interessanten Berichte der Auswanderungskommissäre zu Newyork folgende Angaben Betreffs der Sterblichkeit unter den Reisenden der zweiten Kajüte, d. h. der ärmeren Klasse:

Auf Dampfbooten.			
Von Antwerpen	5425	Reisende, 47	Todesfälle (0,866 %)
Bremen	33613	„ 42	„ (0,122 %)
Glasgow	14672	„ 22	„ (0,151 %)
Havre	3819	„ 11	„ (0,288 %)
Hamburg	21182	„ 20	„ (0,064 %)
London			
über Havre	8972	„ 11	„ (0,123 %)
Liverpool	105762	„ 102	„ (0,093 %)

Auf Segelschiffen.			
Von Antwerpen	1522	Reisende, 39	Todesfälle (2,365 %)
Bremen	22091	„ 155	„ (0,702 %)
Hamburg	9765	„ 211	„ (2,161 %)
Havre	2831	„ 15	„ (0,053 %)
London	2508	„ 9	„ (0,359 %)
Liverpool	8448	„ 26	„ (0,308 %)
Rotterdam	666	„ 36	„ (5,405 %)

Wie man sieht, haben die Antwerpener Dampfboote die größte Sterblichkeit; dann kommen Havre, Glasgow, London, Bremen, Liverpool, Hamburg. Von den Segelschiffen hatten die Rotterdamer die größte Sterblichkeit mit mehr als 5 $\frac{1}{2}$ %, dann kommt Antwerpen mit mehr als 2 $\frac{1}{10}$ %, Hamburg mit mehr als 2 $\frac{1}{12}$ %, hierauf Bremen, Havre, London, Liverpool. Im Ganzen betrug also die Fahrt über Liverpool die günstigsten Gesundheitsverhältnisse. Die hohe Sterblichkeit auf den Hamburger Schiffen ist auf Rechnung der Segelschiffe Lord Brougham und Leibnitz zu stellen. Auf dem ersten brach unterwegs die Cholera aus, und es starben 75 von 300 Reisenden. Das Sloman'sche Schiff Leibnitz verlor 108 von 544 Reisenden. Bekanntlich hat der letztere Fall die Aufmerksamkeit in Deutschland auf sich gezogen, und es ward in Hamburg eine Untersuchung angeestellt, aus welcher selbstverständlich Herr Sloman rein wie Gold hervorging, ganz so wie es der Vortheil des Hamburger Hafens verlangte. Ganz anders lautet der amtliche Bericht der Newyorker Auswanderungskommissäre. Man hatte ihnen anfangs vorgespiegelt, es sei die Cholera an Bord; es fand sich aber, daß dies nichts weiter als eine Rothlüge war. Als die Commissäre mit den Aerzten der deutschen Hilfs-Gesellschaft das Schiff besichtigten, war dasselbe schon zu wiederholten Malen gesäubert und ausgeräuchert worden, und doch hatte man den Schmutz nicht ganz beseitigen können, der an manchen Stellen auch die Wände bedeckte. Dr. Friedrich Kasper, der das Schiff schon vor der Säuberung besichtigte, konnte kaum eine Stelle finden, wo Füße und Hände sich nicht beschmutzen. Das Schiff war lange nicht geräumig genug für die Anzahl der Auswanderer; deshalb hatte man den Kielraum für sie eingerichtet, aber mit der größten Nachlässigkeit, und ohne für Lüftung die geringste Sorge zu tragen, so daß eine wahre Pestbölle entstand, in die kaum ein Strahl des Tages seinen Weg fand. Man hatte in diesen Räumen einige Laternen gehängt, aber wegen der verdorbenen Luft konnten sie kaum brennen. In einer solchen Hölle waren 150 Personen siebzehn Tage lang eingesperrt! Der Schmutz von dem oberen Raume floß herunter in den Menschenstall, in dem es kein Thier lange ausgehalten hätte. Für die gesammte Zahl der 544 Auswanderer gab es nur 4 Aborte an Bord, und sie waren im gräßlichsten Zustand. Die armen Leute bekamen ungenügend und schlecht zu essen, und nur eine halbe Pint Wasser täglich zu trinken. Der Zwieback war zum Theil ver-schimmelt; die Butter war ranzig. Einmal in der Woche mußten die Leute mit Häring statt Fleisches vorlieb nehmen. Sie wurden grob und schlecht behandelt, und auf die Kranken nahm man nicht mehr Rücksicht als auf die Gesunden. Wollte ein Kranker Bier oder Wein haben, so ließ ihn der Kapitän den dreifachen Preis dafür zahlen. Es war nicht einmal ein Arzt an Bord, und die mitgenommenen Arzneien waren schon nach 14 Tagen erschöpft. Es war also kein Wunder, daß ein Fünftel der Auswanderer (meist am Typhus) zu Grunde ging.

Der Bericht der Commissäre macht bemerkl., daß im Jahre 1867 auf 2 Schiffen des Hrn. Robert Sloman von 917 Reisenden 183 gestorben sind, also ein volles Fünftel. „Es scheint“, sagen sie, „daß persönliche Rücksichten die Hamburger Behörden an einer thätigen Aufsicht über die Auswandererschiffe hindern. Solche Rücksichten vermehren den schlechten Ruf der Hamburger Linie“. Im Jahr 1865 gingen 11,264 Reisende der zweiten Kajüte von Hamburg nach Newyork, davon starben 128 unterwegs, oder 1,14 pCt.; im Jahre 1866 von 14,335 Reisenden 387, oder 2,7 pCt.! Nach solchen gleich bleibenden Erfahrungen braucht man sich nicht zu verwundern, daß die Hamburger Behörden an der Handlungsweise des Herrn Robert M. Sloman keinen Matel gefunden haben.

Der Bericht enthält noch ein Verzeichniß von europäischen Agenten der amerikanischen Eisenbahngesellschaften, welche sich von den Auswanderern mehr als die wirklichen Fahrpreise haben zahlen lassen. Auf dieser schwarzen Liste stehen dreißig Agenten von Agenten. Den 1. Platz behauptet J. R. Fass in Havre mit

seinen Unteragenten, welche den Leuten im Ganzen 2,650 Dollars 83 Cents zu viel abnahmen. Dann folgen in der Reihe: Ehrmann zu Strassburg mit 198 D. 86 C., Rabus und Stell in Mannheim mit 182 D. 54 C., Heidloff in Paris mit 162 D. 41 C., Walther zu Rehl mit 153 D. 88 C. 2c.

Die Auswanderungskommissäre haben sich aber nicht begnügt, diese Erpressungen zu verzeichnen; sie haben Schritte gethan, um den Auswanderern die widerrechtlich abgenommenen Beträge wieder zu verschaffen, und es ist ihnen dies auch in den meisten Fällen gelungen.

Weisse Sklaven.

XV.

Lugau, im Juli 1868.

Die Statuten des Niederwürschnitzer Steinkohlenbauvereins zu Niederwürschnitz und ihre glänzenden Folgen.

Ich lasse eine kleine Erläuterung vorbegehen. Das Werk wurde einige Jahre früher in dem Namen Christels Erben geführt, bis zum Jahr 1856, wo Herr Schnorr als technischer Beamter eintrat. Natürlich hatte schon eine Knappschafstasse bestanden, und ganz wahrscheinlich ist selbige auch an den Verein übergegangen, aber von einem Statute hat Niemand etwas zu befehen bekommen. Wenn Herr Schnorr auf die Statuten aufmerksam gemacht wurde, bekam man allemal zur Antwort: „Es müssen erst neue Statuten gemacht werden, jetzt geht es noch nach den alten;“ was sich bis 1864 verzog. Schon 1862 erwähnte Herr Schnorr mehrmals: „Wenn nur erst die neuen Statuten aus dem Ministerium wieder da wären! Die Herren lassen uns recht lange warten.“ Was auch ganz richtig war, den erst 1864 im Frühjahr, bei naßkalter Witterung wurden selbige uns unter freiem Himmel proklamirt. Die Kälte von Außen, die Statuten von Innen brachten bei den Arbeitern so einen Frost hervor, daß das Zähneklappern deutlich zu hören war. Es wäre vielleicht noch schlimmer gewesen, wenn Einer verstanden hätte oder hätte berechnen können, wie viel die Bruchtheile seiner Pension per Tag machen. Zum Beispiel statutengemäß erhält der Arbeiter von einer Arbeitszeit

bis zu 5 Jahren	0,05	seines Lohnes resp. Gehalts als Pension,
von 5—10	0,10	„ „ „ „ „ „
„ 10—15	0,15	„ „ „ „ „ „
„ 15—20	0,20	„ „ „ „ „ „
„ 20—25	0,25	„ „ „ „ „ „
„ 25—30	„	„ „ „ „ „ „
und darüber	0,30	„ „ „ „ „ „

Wie soll ein Arbeiter, der von Kindheit an im Schweiß seines Angesichts sein Brod verdienen muß, solche Exemplare nehmen? Das wird wohl Jeder wissen, daß in den Schulen, die wir besucht haben, derartige Rechnungen nicht vorkommen — und es ist wohl auch jetzt noch nicht besser geworden. Kurz, die Arbeiter verstanden das nicht; es bekam aber auch Niemand eher Statuten, als bis Alle einzeln in die Faktorei bestellt worden waren und dem Herrn Schnorr Handschlag auf die Statuten (die sie in Wirklichkeit noch gar nicht kannten!) gegeben hatten.

Nun gingen uns erst die Augen auf, da wir durch Sachverständige erfuhren, wie elend wir dastanden. Noch muß ich erwähnen, mit welchen Worten Schnorr uns die Statuten mittheilte: „Ihr Leute, die lang ersehnten Statuten sind da; wie sie sind, müssen wir sie nehmen. Ich kann nichts daran ändern und Sie können gleich gar nichts daran ändern. (Da schlug er das Buch auf und zeigte uns das ministerielle L. S.) Das Ministerium hat sie genehmigt, also ist kein Haar daran zu ändern.“ Wir waren allerdings anfangs recht froh, weil

wir glaubten, da das hohe Ministerium die Statuten so lange zur Einsicht gehabt, könnte doch kein Tadel daran sein. Aber leider hatten wir uns stark getäuscht; entweder haben die im Ministerium selbige gar nicht durchgegangen, oder haben sie für gut befunden (was ich aber bezweifle), oder es ging ihnen auch wie uns Arbeitern, sie konnten die Rechnung nicht heraus bringen — eins von den 3 muß doch sein. — Bald hätte ich vergessen, was die Hauptsache mit war; Schnorr erwähnte noch: „Wer die Statuten nicht anerkennt, kann nicht hier in Arbeit bleiben.“ Das konnte er gut sagen, weil die Arbeiter zur Zeit dermaßen gedrückt waren, daß keiner gewagt hätte, nur ein Wort zu erwidern.

Wir hatten die Statuten und haben sie auch heute noch. Ob die Herren, welche uns dazu behülfflich waren, auch werden beisehen, wenn wir selbige verwerfen?

Anfangs glaubten wir wirklich: es ist nicht möglich, daß sie einem Invaliden die Pfennige auszahlen, es wäre doch eine Schande, aber es wurde statutengemäß verfahren. Ein gewisser Doßmann von Stollberg, den es zum Krüppel geschlagen hatte, bekam wöchentlich seine 37 oder 39 Pfennige baar und richtig ausgezahlt! Eine Frau, mit Namen Schönherr, deren Mann es auf selbigem Werke erschlug, bekam auch statutengemäß nebst ihrem unerzogenen Kinde — 2 Ngr. per Woche — welche Schmach! Als endlich Herr Schnorr sich selbst auch schwach genug fühlte, in Pension zu treten, machte er zu den Statuten einen Nachtrag, welcher zwar für die Arbeiter etwas besser war, in dem er sich selber aber am besten bedacht hatte; denn sein Sprichwort war stets: „erst komme ich, dann komme ich noch einmal, und dann noch einmal, nachher kommt's auf mich an, wem ich etwas zukommen lasse.“

Schnorr war 1856 angetreten und 1865 ging er ab — krank geworden „in Folge der vielen Strapazen“, das heißt er war in den 9 Jahren 8 bis 10 Mal eingefahren, und beim letzten Einfahren hatte er sich den „Rest vollen Gehalts“, wie er es nannte, geholt. Er fuhr nämlich durch eine Strecke, welche in einem ganz schlechten Zustande war; das war jedoch selbstverständlich seine eigene Schuld, denn er hätte sie als erster Betriebsbeamter bauen lassen müssen; das Versäumnis war um so strafbarer, als die Verbindungsstrecke vom D- zum C-Schacht war. Selbige ist heute noch nicht gebaut, obgleich sie auch den Wetterkanal für beide Schächte bilden hilft. Jedenfalls hatte Schnorr nicht nöthig durchzukriechen, und Niemand hatte es nöthig, bis gebaut war.

Also Schnorr wurde krank und mußte nach Karlsbad, um sich zu kuriren; die Baderkur schlug aber sehr gut an, da er nach kurzer Zeit wieder zurückkommen konnte. Hier mußte er sich gleich andere Beinkleider und Weste machen lassen, weil die vorher getragenen ihm viel zu weit geworden waren. Es dauerte nicht lange, so mußte er die alten Sachen wieder anziehen, denn die neuen waren ihm schon wieder zu enge. Selbstverständlich mußte er auch wieder nach Karlsbad, „der letzte Rest seiner Gesundheit“ wurde dort erschöpft, er legte seinen Dienst nieder, ging in Pension und bezieht — 400 Thaler, wobei ihm seine frühere Anfahrzeit mitgerechnet wird! Wir aber müssen von jedem Thaler unferes schwer verdienten Lohns zwölf Pfennige abgeben, um den Mann, der jetzt zum Vergnügen in Dresden lebt, zu mästen. Man sollte meinen, es müßte ihm jeder Bissen im Halse stecken bleiben, wenn er daran denkt, daß es der armen Arbeiter Blut und Schweiß ist, was er aufzehrt.

Ich kann mich noch nicht darein finden, daß das so sein muß. Erstens hat Schnorr die Statuten allein verfertigt; zweitens, wie kann die frühere Zeit gerechnet werden, indem doch die Klasse sich erst viel später gebildet hat, und er die

letzten paar Jahre bloß den vollen Beitrag gesteuert hat, denn die erste Zeit zahlte er bloß auf 25 Thlr. das Büchsengeld? Die Sache kann nicht auf Recht beruhen, wir haben nicht länger Lust, so mit uns umspringen zu lassen; man stiehlt uns ja unser Eigenthum; was soll aus uns und aus unseren Frauen und Kindern werden? **Ein Bergarbeiter.**

Aus England.

London, den 13. Juli.

Für Geld ist alles zu haben. Die Reform Liga hat ermittelt, daß in der, neulich im Londoner Stadthause abgehaltenen Versammlung zu Gunsten der Abschaffung der irischen Staatskirche nicht weniger als 450 gedungene Ruhestörer zugegen waren. Sie standen unter dem Oberbefehl eines Herrn William Bennett, des Sekretärs der London and Westminster Workingmen's Constitutional Association, 4 Victoria Street, Westminster. Nach der beendigten Aussage des Notenführers von Lambeth wurde seine Notte nach Schluß der Versammlung mit Brod, Käse und Bier regalirt, aber als man sich nach Herrn Bennett umsah, um den Sünden-Lohn — nicht den Tod, sondern eine halbe Krone (25 Gr.) pr. Kopf — in Empfang zu nehmen, war er verschwunden. Am dritten Tage wurde er ausgespürt und das Geld pünktlich entrichtet. Die Liga citirte ihn vor das Polizeigericht; der Polizeirichter weigerte sich die Anklage im öffentlichen Gerichtshof zu hören, er vernahm die Ankläger in einem Privatzimmer und wies die Anklage wegen einer technischen Informalität zurück. „Das Gesetz ist für Alle gleich“, aber die Dolmetscher der Gesetze sind Vertreter besonderer Interessen, denen die Auslegung der Gesetze angepaßt werden muß. Informalitäten werden nur nach Umständen berücksichtigt. Wo gegen widerspenstige Arbeiter Klage geführt wird, giebt es keine „technische Informalitäten.“

Die Schottischen Kohlen- und Eisen-Gruben-Arbeiter haben seit einiger Zeit die Frage der Lohnerböhung und Beschränkung der Arbeitszeit besprochen. Die meisten Distrikte sind für Beschränkung der Arbeitszeit auf 8 Stunden per Tag. In einer Versammlung, der über 7,000 Arbeiter beiwohnten, wurde ein Rundschreiben an die Grubenbesitzer angenommen durch welches die Arbeitgeber zu einer Konferenz mit Delegirten der Arbeiter eingeladen werden. In derselben Versammlung wurde beschlossen, Anhalten zu treffen, daß Alexander Mac Donald, der Sekretär der Gruben-Arbeiter-Association, ins nächste Parlament gewählt werde.

Das verfloßene Jahr hat hier und da große Lücken in die Kassenbestände der Gewerbe-Vereine gemacht. Die Eisengießerei-Gesellschaft hat über 35,000 Pf. St. (= 200,000 Thlr.) zur Unterstützung arbeitsloser Mitglieder verausgabt. Das Totaleinkommen des Jahres belief sich auf 44,870 Pf. St., die Ausgaben auf 63,949 Pf. St. Am Schlusse des Jahres 1866 belief sich der Kassenbestand auf 27,628 Pf. St., 1867 nur auf 8,849 Pf. St. Die Gesellschaft der Amalgamirten Maschinenbauer verausgabte in demselben Zeitraum eine Summe von 90,000 Pf. St. (530,000 Thlr.) an ihre arbeitslosen Mitglieder. So werden die Crisparnisse der Arbeiter durch die wiederkehrenden Geschäftsstockungen zerrüttet. Die Hoffnungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer materiellen Lage in Folge von größerer Nachfrage, erweitertem Geschäftsbetrieb u. sind eitle Hoffnungen. Im Jahre 1851 betrug die Ausfuhr von Eisen und Stahl 919,479 Ton-

nen, zu einem Geldwerth von 5,830,370 Pfd. St.; im Jahre 1867 — ein Krisenjahr — 1,885,934 Tonnen zu einem Geldwerth von 15,126,912 Pfd. St. Der Werth der exportirten Dampfmaschinen betrug 1851, 403,637 Pfd. St., anderer Maschinen 764,974 Pfd. St.; 1867, Dampfmaschinen 1,994,984 Pfd. St., andere Maschinen 2,968,928 Pfd. St. Die Gesamt-Ausfuhr von britischen und irischen Produkten und Waaren belief sich 1851 auf 74,448,722 Pfd. St.; die Ausfuhr der ersten fünf Monate des Jahres 1868 ist über 70,000,000 Pfd. St.; die des Krisenjahres 1867, 181,183,971 Pfd. St.

Das Jahr 1851 ward in „Economist“ als eines der unvergleichlichsten Prosperitätjahre beschrieben. Die Möglichkeit eines Mangels an Arbeitern ängstigte die Herren des Geldsackes, das Parlament paßirte ein Gesetz, welches die Regierung ermächtigte, verurtheilte Verbrecher unter gewissen Bedingungen freizulassen, ehe sie die volle Zeit ihrer Gefängnißstrafe abgedient, nur um sie so schnell wie möglich den Kapitalisten wieder als Arbeiter zur Verfügung zu stellen. 1867 und 1868 allgemeine Geschäftsstockung. Resultat der 16jährigen unerhörten Steigerung der Nachfrage, Erweiterung des Geschäftsbetriebes und Vermehrung der Produktion: 185,630 arbeitsfähige Personen sind gezwungen als Paupers ihr Dasein unter der stiefmütterlichen Obhut der öffentlichen Armenverwaltung zu fristen; Tausende krüppeln sich kümmerlich durch mit Hülfe milderthätiger Gaben; Tausende und aber Tausende müssen von ihren respectiven Gewerbevereinen unterstützt werden, und die große Masse nagt am Hungertuche, wie der Abfall einer halben Million in den Steuern auf Verzehrgegenstände beweist. Und dennoch wird dem Arbeiter vorgeworfen, daß seine Unzufriedenheit keinen andern Grund habe als bösen Willen und Unwissenheit. — Ein Strumpf-Fabrikant von Nottingham, Namens Mundella, der gegen 4,000 Arbeiter beschäftigt, hält seit einiger Zeit Vorträge in verschiedenen Städten, um sowohl Arbeiter als Arbeitgeber von der Nothwendigkeit eines guten Einverständnisses unter einander zu überzeugen, und über die Art und Weise wie es herzustellen ist. Bei Gelegenheit einer Arbeitseinstellung machte er einigen Fabrikanten den Vorschlag, Bevollmächtigte aus ihrer Mitte zu wählen um mit einer gleichen Anzahl Bevollmächtigter der Gewerbevereine zu unterhandeln. Der Vorschlag wurde angenommen, eine Liste, die den Stücklohn von mehr als 500 Artikeln enthält, ausgearbeitet und seitdem ist es nicht mehr zu Feindseligkeiten gekommen. Die Kommission wird periodisch durch allgemeine Wahl gewählt, hält regelmäßige Versammlungen, wo über Alles Bericht erstattet und etwaige Streitpunkte sofort beseitigt werden. Dadurch sind die Gewerbevereine als contrahirende Macht anerkannt, und dieses ist gerade der Dorn in den Augen der Kapitalisten. Ueber 100,000 Strumpfarbeiter erledigen bereits auf diese Weise ihre Angelegenheiten mit ihren Brodherren.

Soeben erschien in meinem Verlage:

Preußen und die Gerechtigkeit.

Ein Beitrag

zur Charakteristik preussischer Rechtspflege.

von

Adolph Kastendieck.

6 Bogen gr. 8°. Brosch. 15 Ngr.

Leipzig im April 1868.

C. W. Vossrath.

Verantwortlicher Redacteur: B. Liebknecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: C. W. Vossrath.
Expedition: Windmühlentstraße 14.

Hierzu eine Beilage.

Rede des Schleswig-Holsteiners Lübker.

(Gehalten in der Berliner Volksversammlung am 14. Mai.)

Meine Herren, Sie haben soeben gehört, daß ich ein geborener Schleswig-Holsteiner bin, aber heut zu Tage soll ich keiner mehr sein, sondern ein an Oldenburg verkaufter. (Unruhe.) Hier sind soeben Schilderungen über alle Theile Deutschlands gemacht worden, aber von Schleswig-Holstein kein Wort; deshalb fühle ich mich gedrungen, Ihnen ein kurzes Bild der durch die Segnungen des Jahres 1866 hervorgebrachten Zustände zu geben.

In meiner speciellen Heimath geht alles abwärts, es sind dort in den letzten beiden Jahren mehr Concurse vorgekommen, wie in 40 Jahren vorher. (Hört, hört.)

Nach früheren dänischen Gesezen war der Schulzwang für Knaben bis zum 16. für Mädchen bis zum 15. Lebensjahre, jetzt hat man ihn nur bis zum 14. für nötig gehalten, und wie wird er gehalten und wie ist die Schule selbst geordnet? Es hatte jeder Schleswig-Holsteiner das Recht sich bis zu seinem 25. Lebensjahre von dem Militärschwanz zurückschreiben zu lassen; hierdurch wurde dem Handwerkermann Gelegenheit gegeben in die Welt zu gehen, sich auszubilden. Zurückgekehrt erfüllte derselbe theils durch 10 Monate lange, theils durch etwas längere Dienstzeit die vorgeschriebene Militärschicht. Was hat uns aber Preußen gebracht? Aufhebung des dreijährigen Wanderzwanges und Einführung des dreijährigen Casernenzwanges. (Unruhe.)

Meine Herren, Schleswig-Holstein ist weit entfernt davon, seine nationalen Verpflichtungen Deutschland gegenüber nicht erfüllen zu wollen; das hat es nicht allein durch seine tausendjährige Geschichte bewiesen, sondern in der Neuzeit lebendig an den Tag gelegt, aber seine Jugend als Spielball fürstlicher Laune behandelt zu sehen, dagegen legt es entschieden Verwahrung ein. Vor einigen Jahren hat man hier an die Geheimrathstrommel geschlagen in Hinsicht des Kanalbaues, aber heute ist alles still davon, es war nur ein Scheinmanöver Preußens, um schwache Geister in sein Netz zu locken. (Mehrere Stimmen: wird schon kommen.) Wie steht's aber mit jenen Fragen über Freiheit und Recht? Es giebt keins von beiden mehr im norddeutschen Bund; statt dessen blüht der Menschenhandel im deutschen Lande; und das Erbärmlichste ist, daß sogar Männer der äußersten Linken diesem Schacher zugestimmt, selbst Waldeck nicht ausgenommen. (Große Unterbrechung und dauernder Lärm, während dessen der Redner weiter spricht.) Meine Herren, Sie müssen mir das nicht übel nehmen, wenn ich auf gut deutsch die Wahrheit sage, ich bin nur ein einfacher Zimmermann und verstehe mich nicht auf die künstliche Wort- und Rechtsverdrehung der modernen Politiker. — (Bravo, fahren Sie fort.) Man hat durch die Gewaltstreiche das Volk Schleswig-Holsteins geistig gemordet, und materiell saugt man es aus, aber glauben Sie nicht, daß dadurch Freiheit und Völkerwohl entsteht, wenn ein Volkstamm sich herabwürdigt zum Heulerei nicht eines andern, nein Anechtschaft und Dummheit in dessen Folge. Ich aber wende mich bittend an das preußische Volk, abzulassen von dem Wege der Gewalt und des Unrechts, denn: Wer das Recht seines Nebenmenschen nicht achtet, achtet sich selbst nicht! (Großer Lärm und Bravo!)

Von der Redaktion des „Fortschritt“ in Guben (in Schlesien) wird uns Folgendes zugesandt:

Die (preussische) Amnestie des Jahres 1866,

welche vom Volke als eine ganze und volle (!) mit Freuden begrüßt und aufgenommen worden ist, hat leider bei den Behörden eine beschränkte Auffassung gefunden und macht heute, nach circa 2 Jahren durch einen ganz besonderen Fall wieder ein recht peinliches Aussehen. Die Redaktion des „Fortschritt“ in Guben, A. Salamon, druckte im Mai 1866, vor dem Kriege, das bekannte Gedicht: „Terzinen von Robert Prug“ aus der „Volkszeitung“ ab. Dasselbe hatten fast alle Zeitungen und andere Provinzialblätter gebracht. Einige dieser Blätter belamen einen Preßprozeß wegen dieses Gedichts, die meisten von ihnen wurden jedoch freigesprochen; diejenigen aber, die

verurtheilt wurden, waren in Folge obiger Amnestie frei von aller Strafe, sofern sie beim Erlaß des Gnadenaktes schon ein rechtskräftiges Erkenntniß hatten; für die noch schwebenden Sachen sollte nach Eintritt der Rechtskraft der Justizminister ex officio die Begnadigung nachsuchen. Die allgemeine Auffassung war damals natürlich die, daß die Begnadigung materiell in dem einen wie in dem andern Falle für alle politischen Vergehen, die in der Zeit des Parteikampfes begangen waren, stattfinden sollte, und daß nur ein Unterschied in der Form bedingt wurde, wie sie in einem konstitutionellen Staate überhaupt beobachtet wird. Wenn ein Abgeordneter einen Minister oder ein Mitglied des Reichstages den Bundeskanzler gefragt hätte, wie es mit der Auslegung dieses Gnadenerlasses gehalten werde, so würde der Bundeskanzler gewiß jede Vermuthung, daß Beschränkungen stattfinden könnten, mit Enttäuschung zurückgewiesen haben. In diesem Sinne äußerte sich damals auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ und die ganze offizielle und offiziöse Presse und wies alle ängstlichen Bedenken nach dem Thema ab: „An einem Königswort soll man nicht drehen noch deuteln, die Amnestie sei ganz und voll und der Grundgedanke des Königs vergeben und vergessen!!!“

Der arme Redakteur des „Fortschritt“ in Guben, der noch kein rechtskräftiges Erkenntniß hatte, hat aber doch ganz besondere Erfahrungen damit machen müssen. Er hatte seine ungewöhnlich hohe Verurtheilung für den Abdruck des betreffenden Gedichts, nämlich 6 Monate Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust, mit Gemüthsruhe aufgenommen, weil er, wie die übrige Welt, glaubte, daß er nach dem Amnestie-Erlaß sicher auf Begnadigung rechnen könne. In diesem Vertrauen auf die allgemeine Auffassung über das dem Justizminister aufgetragene Gnadengesuch verzichtete er auf jedes weitere Rechtsmittel der Appellation und ließ das erste Erkenntniß rechtskräftig werden.

Zu seinem Schrecken wird er aber jetzt nach circa 2 Jahren vom hiesigen Kreisgericht benachrichtigt, daß der Minister (zur Lippe) nicht auf den ganzen Straferlaß, sondern nur auf den halben angetragen hat, daß auch so verfügt sei, und daß der so unerhört getäuschte drei Monate sitzen soll. Ein besonderes an Se. Majestät den König gerichtetes Gnadengesuch ist ebenfalls mit dem Bemerkten zurückgewiesen worden, daß sich der Justizminister (Dr. Leonhardt) nach den erforderlichen Berichten der Gerichte nicht veranlaßt gefunden hat, dasselbe der Gnade Sr. Majestät zu empfehlen, und würden nicht die eingetretenen traurigen Ereignisse in der Familie die vorläufige Aussetzung der Strafe auf einige Wochen gebieten, so säß der arme getäuschte Redakteur des „Fortschritt“ bereits hinter Schloß und Riegel, um über die beschränkte Auffassung der Amnestie nach den großartigen, Alles versöhnenden *) Erfolgen des Jahres 1866 nachdenken zu können, während seine Buchdruckerei, die einzige Erwerbquelle seiner zahlreichen Familie, geschlossen sein würde, sobald es ihm nicht gelingt, einen konfessionirten Buchdrucker und Verleger an seine Stelle zu setzen.

Wenn man diese Angelegenheit von dem Standpunkte aus beurtheilt, von dem aus der Gnadenerlaß gegeben ist und nicht von dem Standpunkt eines Gerichtsdirektors oder eines Geheimen Rathes des Ministeriums, der darüber zu berichten

*) Diese Ausdrücke werden doch wohl ironisch genommen sein? Frage der Redaktion des Dem. Wochenbl.

hat, so zweifeln wir keinen Augenblick daran, daß dann die unbeschränkte Anwendung des Gnadenerlasses auch auf den schwer Geprüften Anwendung finden müßte.

Leipzig, den 1. Juli 1868.

P. P.

Hierdurch beehren wir uns ergebenst anzuzeigen, daß wir unter heutigem Tage am hiesigen Plage, Lindenstraße Nr. 3, 1. Etage, eine

Genossenschafts-Buchbinderei

unter der Firma:

Kirbach, Nagel & Comp.

eröffnet haben.

Wir empfehlen dieselbe den geehrten Herren Buchhändlern, sowie dem ganzen geehrten Publikum zur Anfertigung aller Art Einbände, Broschüren, überhaupt aller in das Buchbindefach einschlagenden Arbeiten.

Indem wir zu Mitgliedern der Genossenschaft nur bewährte Arbeitskräfte hinzugezogen haben und das Etablissement mit sämmtlichen zu unserm Gewerbebetrieb gehörigen neuesten Maschinen, Platten und Schriften versehen ist, kann dasselbe für solide Arbeit und prompte Bedienung selbst bei den größten Aufträgen garantiren und solche aufs Schnellste ausführen. Wir sind gern nach gegenseitiger Uebereinkunft bereit, geeignete Platten und Verzierungen besonders anfertigen zu lassen, und glauben bei guter geschmackvoller Arbeit nebst billigen Preisen geschätzten Aufträgen von Seiten der geehrten Herren Buchhändler und aller Freunde des Genossenschaftswesens entgegensehen dürfen.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Die Genossenschafts-Buchbinderei
Kirbach, Nagel & Comp.

Der „Fortschritt“

wird auch im neuen Quartal und während der dreimonatlichen Haft seines nicht amnestirten Redakteurs A. Sallamon, unter der Redaktion des Dr. Kerber, trotz alledem und alledem unerschütterlich fortfahren, durch populäre Leitartikel, sowie durch eine übersichtliche und wahrheitsgetreue Darstellung der wichtigsten politischen und sozialen Fragen ein möglichst treues Bild der Gegenwart besonders Denjenigen zu geben, denen Zeit und Umstände es nicht erlauben, größere Zeitungen zu lesen. Der „Fortschritt“ nimmt Theil an der Aufgabe der liberalen Presse, dem Volke seine Lage klar zu machen und ihm seine Pflichten aber auch seine Rechte zum Bewußtsein zu bringen. Um diese Aufgabe auch ferner freudig erfüllen zu können, richten wir an alle Freunde der Sache des Volkes die Bitte, uns in unsrer dornenvollen Arbeit durch Verbreitung des „Fortschritts“, welcher bei allen Postanstalten nur 9/4 Sgr. kostet, zu unterstützen.

Unser Feuilleton werden wir fort und fort durch unterhaltende und belehrende Artikel zu erweitern suchen, um auch dadurch auf Herz und Gemüth zu wirken und zur Ausbildung von Recht und Wahrheit anzuregen!

Inserate finden bei billiger Preisberechnung weite und erfolgreiche Verbreitung.

Guben, im Juni 1868.

Die Expedition.

In demselben Verlage erscheint jeden Sonnabend:

Wochenblatt

für Fürstberg, Kenzelle, Wellmitz und Umgegend zur Unterhaltung und Belehrung vierteljährlich bei jeder Postanstalt nur 7 1/4 Sgr.

Inserate finden die zweckmäßigste Verbreitung und werden billigt berechnet.

L. Büchner. Verfasser von „Kraft und Stoff“ etc.

Soeben erschien und ist vorrätzig in allen Buchhandlungen:

Sechs Vorlesungen

über die Darwin'sche Theorie von der Verwandlung der Arten und die erste Entstehung der Organismenwelt, sowie über

die Anwendung der Umwandlungstheorie auf den Menschen, das Verhältniß dieser Theorie zur Lehre vom Fortschritt und den Zusammenhang derselben mit der materialistischen Philosophie der Vergangenheit und Gegenwart.

In allgemein verständlicher Darstellung.

Von
Dr. L. Büchner.

26 Bogen. Preis 1 Thlr. 20 Ngr.

Diese Vorträge behandeln mit der bekannten systematischen Klarheit des Verfassers die wichtigsten wissenschaftlichen Fragen der Gegenwart in einer für Alle verständlichen Form. Aus ihrem ebenso reichen wie interessanten Inhalt heben wir nur hervor, daß die beiden ersten Vorträge eine populäre Darstellung und Würdigung der berühmten Darwin'schen Theorie nach ihren Hauptmomenten nebst Ergänzungen neuerer Forscher und eine natürliche Erklärung der frühesten Ursprünge des Lebens auf der Erde geben. Der dritte Vortrag behandelt die natürliche Herkunft und Entstehung des Menschen aus der Thierwelt, und der vierte die Gesetze des Fortschritts in Natur und Geschichte, beides im Lichte der Umwandlungstheorie. Die beiden letzten Vorträge enthalten eine vollständige, eng zusammengebrängte Geschichte der materialistischen Philosophie von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart mit oft überraschenden Aufschlüssen und Vergleichen, und am Schluß eine höchst anziehende Darlegung der Bedeutung dieser Philosophie in der Gegenwart. Schon dieser Abschnitt allein würde eine Anschaffung des Buches verlohnen. Diese Vorträge, welche in mehreren Städten Süd- und Mitteldeutschlands von dem Verfasser unter großem Beifall gehalten und alsdann unter bedeutender Verbreitung des Inhalts in vorliegender Form niedergeschrieben wurden, können nicht verfehlen, großes Aufsehen zu machen.

Theodor Thomas,
Verlagsbuchhandlung in Leipzig.

(Wir empfehlen dieses Werk unseren Freunden auf das Angelegentlichste. Vereine können es von dem Verfasser (durch unsere Vermittlung) zu 1 Thlr. beziehen. D. Red. d. dem. Wochenbl.)

Diejenigen unserer Abonnenten, welche bisher einzelne Nummern des Dem. Wochenbl. unter Kreuzband bezogen, werden dringend ersucht, ihre Bestellung künftig bei der Post zu machen, da solche Kreuzbandsendungen uns unverhältnißmäßige Mühe verursachen. Alle Zahlungen für Pakete und (größere) Kreuzbandsendungen sind von jetzt an zu leisten an Hrn. Rechtsanwalt Freytag, Amtmannshof, Leipzig.

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig. | Druck und Verlag: E. W. Bollrath.
Expedition: Bindmühlenstraße 14.